

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei postamtlicher Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk. auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im auschl. Zeitungsverzeichnis unter Einzel-Zeitung eingetragene. Für unerschlung eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion. Druck-Veranstaltung. Nr. 1140, der Anzeigen-Abtdg. Nr. 1103 a. 7411, der Bezugs-Abtdg. Nr. 1133a

Anzeigenpreise:

Die 8 Spalten zu 36 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle. Familien-Anzeigen: 6 bis 8. Erscheinungstag 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Gr. Brauhausstr. 17. Übern. Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Rote Leipzig Nr. 4009.

Nr. 471.

Halle, Freitag, den 8. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Zusammenstöße im Landtage.

Verabschiedung des Gesekentwurfs über Groß-Berlin — Solidarität im Berliner Zeitungstreik — Die Frage der Kohlenverteilung vor dem internationalen Arbeitsamt — Polnische Machenschaften gegen die heimattreuen Oberschlesier.

Die oberchlesische Frage.

Nach einer Meldung des „Temps“ ist eine Abordnung des polnischen Verteidigungsausschusses in Paris eingetroffen. Dieses hat die Absicht, von dem Völkerbund die Entziehung des Stimmrechts für die außerhalb der Reichsgrenzen wohnenden Oberschlesier zu verlangen.

Die Befugnisse des päpstlichen Abkommenskommissars.

Die in Doppel erschienenen „Noviny Cobyjenno“ veröffentlichen interessante Mitteilungen über die weitgehenden Befugnisse des päpstlichen Abkommenskommissars Ratti und sein Verhalten zu den Polen. Nach der dem polnischen Gesandten beim Vatikan seitens des Kardinalstaatssekretärs gemachten Mitteilung habe, so berichtet das Blatt, Nuntius Ratti das Recht, jede kirchliche Verordnung des Kardinals Vertraum zu suspendieren. Dem selbstliche danach das Recht zu, bei ganzer Autorität des apostolischen Stuhls vom Breslauer Bischof die Durchführung bester kirchlichen Anordnungen zu fordern, die er zu Gewährleistung der Abkommensfreiheit für angebracht und notwendig halte. Das beziehe sich auch auf die Ernennung, Berufung usw. der im Abkommensgebiet amtierenden Geistlichen. Insbesondere bestie der apostolische Nuntius, Waqr. Ratti nach eingehenden Informationen aus maßgebenden Kreisen als Kommissar für die kirchlichen Angelegenheiten in den Abkommensgebieten alle Rechte eines Bischofs. Daß nun Nuntius Ratti mit Korant und seinem befristeten Hotel Kommissar direkte Verbindung unterhalte, geht aus einer weiteren Mitteilung des Epinelner „Polenblattes“ hervor, daß nämlich, wer ein Ansuchen an den in Warschau Wohnenden Nuntius Ratti habe, sein Schreiben dem Präsidium des Reichsamt-Kommissariats in Reuthen, Hotel Kommissar, zur Weiterleitung zuzusenden möge.

Die Brüsseler Konferenz.

Die Schlußtagung der Konferenz findet wahrscheinlich morgen nachmittag statt. Die Versammlung wird den vom Sekretariat ausgearbeiteten Bericht der Völkerbundversammlung besprechen und darauf die Schlußrede hören.

Der Vorsitzende der Finanzkommission teilte den Vertretern der Presse mit, es sei in den Kommissionen ein Einverständnis über die Vorlesung beschlossen worden. Die Entschlüsse seien in vier Abschnitten einstimmig angenommen worden.

Vom russisch-polnischen Waffenstillstand.

Nach einem Telegramm aus Warschau werden nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes die Feindfeindlichkeiten zwischen Rußland und Polen am Sonnabend, den 9. Oktober eingestellt werden.

Auch der Friede mit Finnland angenommen.

Aus Helsinki wird telegraphiert: In der Sitzung der Friedenskonferenz am Dienstag in Dorpat wurde der Friedensvertrag zwischen Finnland und Rußland definitiv angenommen. Das Abkommen wird in einer Woche unterzeichnet werden.

Propaganda als letztes Kampfmittel.

Nach übereinstimmenden Berichten der Pariser Blätter hat unlängst in Moskau unter dem Vorsitz Lenins und unter Teilnahme Trotski, Tschichserin, Petrowitsch und zahlreicher Generale eine große Beratung der führenden Militär- und Militärstellen stattgefunden, um die Lage zu prüfen. Tschichserin erklärte, daß die polnischen Siege die Sowjets in eine verzweifelte Lage gebracht hätten. Die einzige Aussicht auf Rettung hätte der unverzügliche Friedensschluß mit Polen, damit man in der Lage sei, eine bewaffnete Aktion gegen Litauen auszuführen. Da die Sowjetregierung auf militärischem wie auf diplomatischem Gebiete gescheitert sei, könne die Rettung nur von einer viel effektiveren Propaganda als bisher erfolgt sein. Der Rat teilte diese Auffassung Tschichserins und beschloß, zahlreiche Emissionen in die französischen und britischen Kolonien zu entsenden, um dort Aufstände zu organisieren. Zum Leiter dieses Propagandabüros wurde Petrowitsch bestellt.

England und Rußland.

Der ausführende Rat der englischen Handelskammern hat sich in einer Entschließung gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen. So lange nicht alle nationalen, kommunalen und Privat-Schulden aus der Zeit vor dem Kriege anerkannt werden.

Solidarität im Berliner Zeitungstreik.

Der Betriebsräte-Vorstand hat eine Entschließung angenommen, worin angeht die Auslieferung im Berliner Zeitungsgewerbe der Kongreß die Solidarität der Arbeiterschaft betont und die Sache der Arbeiter im Zeitungsgewerbe für die Sache der Arbeiter in ganz Deutschland erklärt.

Vom internationalen Arbeitsamt.

Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes in Genf legte am Mittwoch die Beratung des Berichts von Albert Thomas fort. Das Arbeitsamt legte den Ratsmitgliedern den Entwurf einer Einführungsschrift über die allgemeine Vertretung der Bevölkerung, deren Leitung Professor Nilsen angetraut war, vor. Der Rat ging hierauf zur Diskussion des vom Bergarbeiterkongreß aufgestellten Votums, betreffend Schaffung eines internationalen Verteilungsamtes für Kohle, Erz und andere Rohstoffe über. Nach längerer Beratung wurde einstimmig ein Antrag angenommen, nach dem Albert Thomas ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Völkerbund fortzusetzen, betreffend die Schaffung eines internationalen Verteilungsamtes für die Preise der Rohstoffe, das der Finanz- und Wirtschafts-Abteilung des Völkerbundes angeschlossen werden soll und dessen erste Vertretung sich mit der Kohle befassen soll. Schließlich wurde beschlossen, der Vereinigten Staaten im internationalen Arbeitskommission einen Sitz der Regierungs-Delegierten anzubieten.

Vom Völkerbund.

Der Völkerbundsrat hat jetzt die Einladung an seine Mitglieder und an Amerika für die erste Generalkonferenz der allgemeinen Arbeiterkongresse ergehen lassen, die am 20. Januar in Barcelona zusammenzutreten soll, um die Vertretungsfrage zu regeln. Die Tagesordnung umfaßt den Plan der Gründung eines ständigen Organismus, sowie die Ausarbeitung allgemeiner Abkommen über das internationale Regime der Eisenbahn, Schifffahrtslinien, Häfen und den Durchgangsverkehr.

Die Bergarbeiter fordern sofortige Lohnerhöhung.

Ein Kongreß der vier großen zur Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiterverbände beschloß sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Bergarbeiterkongreß in Paris wurde folgendes Telegramm geschickt: „Kongreß der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erzeugung in Bergarbeitereisen sofortige Regelung der Lohnfragen. Bedarfsartikel steigen anderweitig im Preise. Lohnerrhöhung muß sofort erfolgen.“

Preussische Landesversammlung.

164. Sitzung, 7. Oktober, 12 Uhr mittags. Die Konsole zum Gesekentwurf über Groß-Berlin

sieht zur dritten Lesung. Abg. Rilken (U. S.): Es handelt sich hier um das freche Attentat der bürgerlichen Parteien auf die preussischen Grundrechte (Rüge des Präsidenten). Es ist ein beispielloses Skandal in der Geschichte des Parlamentes, daß hier ein Gesek geändert wird, noch ehe es in Kraft getreten ist. Unrechtmäßig ist es, daß auch die Demokraten die Durchsetzung dieser reaktionären Gesetze in die Hand nehmen. Abg. Sellmann (Soz.): Dem jetzigen preussischen Zustand in Berlin muß ein Ende gemacht werden. Eine Obstruktion gegen die Konsole hätte nur dann einen Sinn, wenn die Konsole behände, daß der jetzt gewählte Magistrat befristet wird. Diese Aussicht besteht nicht. Wir verwerfen daher jede Obstruktion (Zuruf bei den U. S.: großer Jubel). Es wäre ein Verbrechen am Volke von Berlin, die Verabsichtigung der Vorlage aufzuhalten und damit die Einrichtung einer geordneten Verwaltung zu verhindern. Wir sind nicht bereit, uns wider gesetzlicher Maßnahmen als den arbeitlichen Wesseln. Einmal haben U. S. den Antrag von Walsch Hoffmann: Grundausgesprochen. Herr Hoffmann, wenn ich mir die Seite auslaue, die ich Ihnen zuwenden habe, so kann ich darüber nicht im Zweifel sein. (Stürmische Heiterkeit, Unruhe bei den U. S. P. D.) Abg. Dr. Leibitz (D. Vpt.): Ich kann es nur wiederholen, daß der Minister Severing im Hauptauslaue die Erklärung abgegeben hat, die jetzt gewählten Stadträte würden vor der Verabschiedung dieser Vorlage nicht befristet werden. Wegen dieser Ankündigung ist auch von den Unabhängigen damals kein Widerspruch erhoben worden. Abg. Leibitz (U. S.): Wir beklagen, daß aus unsem Verhalten eine Antragung der Nichtbefristung zu folgen ist. Die Vorlage wird nach den Ausschüßanträgen in den einzelnen Artikeln angenommen. Die Änderungsanträge der Unabhängigen werden in einfacher Abstimmung abgelehnt. Die Anträge auf namentliche Abstimmung hierüber finden keine genügende Unterstützung. Nur die Schlußabstimmung ist namentlich. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 161 gegen 123 Stimmen bei vier Stimmenthaltung.

Die Mitteilung des Ergebnisses wird von den Unabhängigen mit Beifall angenommen.

Der Gesekentwurf zur Änderung der Amtsgerichtsbezirke Rütten und Marktein wird einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs zur Änderung der Zusammenfassung der

Schuldeputationen, Schulinspektoren und Schulausschüsse

Abg. Döke (D. N.) wendet sich gegen das Bestreben der Sozialdemokratie, den Einfluß der Geistlichen auf die Schuldeputation auszufällen. Schule und Kirche gehören zusammen.

Abg. Schnadenburg (Dem.) hält den Beschluß für befehllos, monach der Vorsitzende der Schuldeputation von dieser selbst zu wählen ist. Seine Partei beantragt die Ernennung des Vorsitzenden aus der Zahl der Mittelschüler durch die Ausschüßbehörde. Das geschieht aus praktischen Gründen; denn es handelt sich bei der Tätigkeit des Vorsitzenden nicht nur um die formelle Leitung, sondern auch um Verwaltungsarbeiten. Die Auswahl des Vorsitzenden dürfte also nur davon abhängig sein, ob er die erforderlichen verwaltungsmäßigen Kenntnisse besitzt.

Der Gesekentwurf zur Änderung der Zusammenfassung der Schuldeputationen und Ausschüsse wird in dritter Lesung im Einklang mit den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Unabhängigen angenommen.

Eingefügt wird nach der Bestimmung, daß der Vorsitzende von der Ausschüßbehörde zu ernennen ist.

Es folgt die erste Beratung des Gesekentwurfs über die Wahlen zu Landtag.

Abg. Dr. von Kistner (D. Vpt.) begründet den Antrag seiner Partei, die Landtagswahlen für den 12. Dezember d. J. anzusetzen und ihnen das Reichstagswahlrecht und die Reichswahlkreis-Einteilung zu Grunde zu legen.

Es soll jedoch schon auf 45 000 Stimmen ein Abgeordneter fallen.

Abg. Dr. Kippel (D. N.) begründet den Antrag hergt auf Annahme eines Notwahlgesetzes, damit die Wahlen spätestens am 12. Dezember stattfinden können. Wenn die Verfassung bis zu den Wahlen nicht fertig wird, so liegt die Schuld an der Sozialdemokratie und den sozialistischen Teilen der Regierung. Das im Reich möglich ist, sollte auch in Preußen möglich sein. Die Unruhestörungen wärd vom Tag zu Tag. Die Stimmen aus Süddeutschland und von Mecklen zeigen, daß dieses Neben an den Mandaten nicht nur Preußen, sondern auch das Reich gefährde. Die Wahlrechtsfrage der Regierung will nur die Dauer dieser Verformung noch weiter hinausschieben.

Minister des Innern Severing: Die Ausführungen der beiden Vorredner fördern die rasche geschäftliche Erledigung der Vorlage nicht. Sie spielen dieselbe praktische Frage auf das parteipolitische Gebiet hinüber. Daß denn die jetzige Reichsregierung, in der die Deutsche Volkspartei auch vertreten ist, die wirtschaftliche Lage zu bessern vermöge. Das Verhältnis zwischen dem demokratischen Reichsmittel der Innern und dem sozialistischen Minister in Preußen ist so freundschaftlich, wie es in anderer Beziehung nur sein kann. Ich meine die Reichspartei bedarf ihrer Regulation auf die Spitze zu treiben. Die Ausführungen des Antrages hergt würden 10 bis 11 Wochen erfordern, also eine Wahl bis zum 12. Dezember auch nicht ermöglichen, zumal auch nach eine Ausschüßberatung erforderlich würde. Eine Verlesungspolitik habe ich nicht betrieben. Das eigene Volk beschützen heißt es, wenn man die barmherzigen Verhältnisse fortsetzt gegen die preussischen Aussprüche. Die Regierung hat nicht die Absicht durch ihr Verhalten die Verabsichtigung der Landesversammlung zu verzögern.

Abg. Sellmann (Soz.): Der Zuwachs von ein paar Mandaten ist der Rechten wichtiger als Oberchlesien. Die Rechte ist antinational bis auf die Knochen. Das beweist die fünftägige Stimmgewalt, die von ihr in Bagen durch den fünftägigen Vertreter gegen Preußen betrieben wird. Daß wir an der Regierung nicht hängen, haben wir immer im Reich gezeigt, als Sie bei uns gebettet haben. Auch wir wünschen baldige Neuwahlen im Lande und Reich. Wir brennen darauf, mit Ihnen abzurechnen.

Abg. Hager (Ztr.): Das Zentrum ist der ruhende Pol in der Erscheinung und daher am meisten in der Lage, die Frage reinlichlich zu beurteilen. Zur Verneinung

